



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die Mitglieder der  
SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 6. November 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch im Bereich **Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Koalition aus CDU, CSU und FDP einen grandiosen Fehlstart hingelegt. In der Landwirtschaft betreibt Schwarz-Gelb eine rückwärts gewandte **Klientel-Politik**, deren Finanzierbarkeit angesichts von Versprechungen bis zu 800 Mio. € ungewiss ist. Die Verbraucherpolitik wirkt planlos, eine **Stärkung der Verbraucherrechte** oder der Interessenvertretung der Verbraucherinnen und Verbraucher ist gar **nicht gewollt**. Stattdessen werden die Verbraucherinnen und Verbraucher im Informationsdickicht alleine gelassen. Wenn der Koalitionsvertrag überhaupt konkret wird, werden - wie z.B. bei der Ernährungsampel oder im Bereich Gentechnik – **Entscheidungen gegen** die Erwartungen und Bedürfnisse der **Verbraucherinnen und Verbraucher** getroffen. Im Einzelnen lassen sich die wesentlichen Inhalte des Koalitionsvertrages wie folgt bewerten:

## I. Verbraucherpolitik

- **Lebensmittelkennzeichnung:** Die Verbraucher wollen die **Nährwertkennzeichnung mit Ampelfarben**, die Koalition ist dagegen. Schwarz-Gelb verweigert den Verbrauchern damit die Möglichkeit, z.B. bei Fertiggerichten den Fett-, Kalorien- oder Salzgehalt leicht und auf einen Blick zu vergleichen. Eine klare Kennzeichnung von länger haltbarer Milch (sog. ESL-Milch) kommt nicht, obwohl sie national möglich wäre. Hier dürfen die Verbraucher weiter mit der Verkehrsbezeichnung „frische Milch“ getäuscht werden. Mit der Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln macht die Koalition einen Vorschlag, der in Brüssel längst auf dem Tisch liegt und als quasi beschlossen gilt.
- **Gentechnik:** CDU, CSU und FDP treten für schnellere Zulassungen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ein. Die Koalition spricht sich ausdrücklich für die **Genkartoffel** aus und will sich beim Genmais nicht auf ein Verbot festlegen, obwohl Verbraucher gentechnikfreie Lebensmittel erwarten. Die bisherige **Nulltoleranzpolitik** bei Verunreinigungen mit in der EU nicht zugelassenen GVO wird aufgegeben, d.h. nicht zugelassene GVO werden demnächst in den deutschen Futtertrögen landen. Anstatt sich für **gentechnikfreie Regionen** einzusetzen, können die Bundesländer zukünftig die Abstände zwischen Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen und konventionellem oder ökologischem Anbau sogar noch verkürzen. Die Koexistenz und damit gentechnikfreie Landwirtschaft wird so in einigen Regionen in Frage gestellt. Die CSU operiert frei nach dem Motto: **Gentechnik ja, aber nicht in Bayern!**



- **Finanzdienstleistungen:** Verbraucher erwarten mehr Sicherheit am Finanzmarkt. CDU, CSU und FDP können sich jedoch nicht auf einen **Finanz-TÜV** einigen. Weder soll die BaFin Verbraucherschutz als Aufgabe bekommen, noch werden die Verbraucherverbände mit einer **Marktwächterfunktion** ausgestattet. Zwar will die Koalition, dass Verbraucher „alle wesentlichen Bestandteile einer Kapitalanlage und sämtliche Kosten (einschließlich Rückvergütungen)“ schnell erkennen können. Auf eine gesetzliche Verpflichtung zur Herausgabe eines **Kurzinformationsblattes für Finanzprodukte** kann sich die Koalition aber nicht verständigen. Verlässliche und vergleichbare Verbraucherinformationen sind damit nicht gewährleistet. Für einen Ausbau der **Honorarberatung** wird nichts getan, Fehlanreize aufgrund der Provisorienorientierung beim Vertrieb von Finanzprodukten werden nicht beseitigt. Zu der Forderung nach einer Vertriebsbeschränkung bei Zertifikaten und Derivaten wird keine Position bezogen. Zwar soll der **graue Kapitalmarkt** durch Anforderungen an alle Finanzberater in Bezug auf Qualifikation, Registrierung und Berufshaftpflicht eingedämmt werden. Wenn man sich bei diesen Maßnahmen aber am Versicherungsvermittlerrecht orientieren will, springt man viel zu kurz.
- **Verbraucherinformation:** Verbraucher wollen mehr Transparenz, z.B. durch eine **Smiley-Kennzeichnung** von Restaurants und eine **Ausweitung des Verbraucherinformationsgesetzes** auf alle Produkte und Dienstleistungen. Die Koalition dagegen will Ross und Reiter erst bei „wiederholten Verstößen“ nennen und kann sich auf eine Ausweitung des Verbraucherinformationsgesetzes nicht verständigen, obwohl die Forderung auf dem Verhandlungstisch lag. Verbraucher wollen einfach erkennbare und aufs wesentliche reduzierte Informationen, die Koalition dagegen verstärkt die Informationsflut noch. Insgesamt gilt: **Die Verbraucher werden im Informationssumpf allein gelassen!**
- **Verbraucherorganisationen:** Die Arbeit des Verbraucherzentrale Bundesverbandes und der Stiftung Warentest sind heute wichtiger denn je. Schwarz-gelb möchte die „Beratungs- und Informationsaktivitäten“ zwar langfristig finanzieren. Die Verbraucherzentralen und ihr Bundesverband sind aber auch deshalb wichtig, weil sie die **Interessen** der Verbraucherinnen und Verbraucher **im politischen Prozess vertreten** und unseriöse Anbieter durch **Abmahnungen** und Klagen vom Markt drängen, z.B. wenn sie mit falschen Testurteilen der Stiftung Warentest werben. Soll die Finanzierung hier etwa zurückgefahren werden? Stattdessen müssten **kollektive Verbraucherrechte** sogar ausgeweitet werden z.B. durch ein Unterlassungsklagenrecht auch im Bereich Datenschutz. Das aber lehnt Schwarz-Gelb ab. Wie sich die Koalition die **Zukunft der Verbraucherorganisationen** vorstellt, ist unklar. So kündigt sie eine Stiftung Datenschutz und eine Stiftung für Finanzprodukte „nach dem Muster der Stiftung Warentest“ an, obwohl die Stiftung Warentest mit der Publikation „Finanztest“ bereits auf diesem Gebiet tätig ist.
- **Verbraucherdatenschutz:** Die jüngsten Datenschutzskandale zeigen erneut: Die in der letzten Legislatur an der CDU/CSU gescheiterte grundlegende Reform des Datenschutzrechts ist bitter nötig. Dazu wird es nicht genügen, das Datenschutzrecht „lesbarer“ und „verständlicher“ zu machen. Wenn 45 % der bei Scoringverfahren verwendeten Verbraucherdaten fehlerhaft sind, reichen freiwillige Auditverfahren und eine wie auch immer gestaltete Datenschutzstiftung nicht aus. Besonders sensible Bereiche wie Auskunftsteien müssen durch Datenschutzbehörden oder zertifizierte Auditoren kontrolliert werden.



## II. Landwirtschaft

Vier Jahre Zusammenarbeit mit der CDU/CSU in Sachen Landwirtschaft haben uns gezeigt, wie wenig zukunftsorientiert die politische Ausrichtung der Unionsfraktionen ist. Gesellschaftliche Entwicklungen und notwendige Anpassungen der Landwirtschaft an die neuen Herausforderungen im Bereich Klimawandel, Ressourcenschonung und nachhaltige Ressourcennutzung, Verbrauchererwartungen und artgerechter Tierhaltung sind in der interessensgeleiteten Politik – vom Deutschen Bauernverband gesteuert – ungehört verhallt. Symptomatisch ist dafür der oft gehörte Appell: „Wir müssen den Landwirten ihr Geld erhalten“.

So ist es wenig erstaunlich, dass der Koalitionsvertrag nur in den Punkten konkret wird, die den Landwirten scheinbare Erleichterungen verspricht. 1:1-Umsetzung von EU-Recht, Agrardieselsteuerregelung, Grünlandprogramm, mehr Liquiditätshilfen, mehr Geld für die Unfallversicherung. Nachdem der gesamte Koalitionsvertrag unter **Finanzierungsvorbehalt** steht, ist zu erwarten, dass die 800 Mio €-Versprechen an die Landwirte nicht umzusetzen sein werden.

Rückwärtsgewandt ist die angekündigte Novelle des **Bundeswaldgesetzes**, die lediglich den Nutzungsaspekt in den Fokus nimmt. Die notwendige Anpassung des Bundeswaldgesetzes an die Anforderungen der nationalen Biodiversitätsstrategie und der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bleiben aus. Intensivlandwirtschaft und industrielle Landwirtschaft sind das Leitmotiv dieser Koalition. Tierschutz wird im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit angestrebt. Das formelhafte Bekenntnis zum Ökolandbau kann darüber nicht hinwegtäuschen. Wachsen oder Weichen ist die Devise.

Die **Politik für ländliche Räume** wird bei diesem Politikansatz ausgehungert. Die Finanzmittel werden zugunsten der Landwirte ausgeschöpft und für die integrierte Entwicklung wird der Zugriff auf Fördertöpfe, die ein Vielfaches an Mitteln enthalten, in anderen Ministerien gefordert. Die angekündigte Modernisierung des Landwirtschaftsgesetzes ist als Rechtfertigungsversuch für ein eigenständiges Ministerium zu werten.

Für unsere Oppositionspolitik ergeben sich aus diesem unzeitgemäßen Politikansatz gute Möglichkeiten im Zusammenspiel mit dem europäischen Parlament nach vorne zu arbeiten. Die Revision des EU-Finanzrahmens bietet die erste Gelegenheit eine **nachhaltige Landwirtschaft** zu befördern und den Fokus verstärkt auf eine **integrierte Entwicklung ländlicher Räume** zu lenken. Jetzt werden die Weichen gestellt, welchen gesellschaftlichen Stellenwert die ländlichen Räume, die Land- und Ernährungswirtschaft in Europa haben wird. Es wird nicht so sehr darauf ankommen, möglichst viel Geld in die Landwirtschaft zu lenken, sondern die kreativen Kräfte der ländlichen Bevölkerung zu stärken und zu fördern.

Die Förderung der europäischen Landwirtschaft wird nach Ablauf der Finanzperiode 2013 anders aussehen als heute. Im Mittelpunkt der Förderung werden die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft stehen.

Diesen neuen Ansatz mitzugestalten, darauf freue ich mich.

*Waldland heißt*